



**Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

83. Sitzung (nicht öffentlich)

16. Februar 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 13.20 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Zukunft der Versorgungskuranstalten

Die Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

2 Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung (2. Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4320

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf die Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss zu verzichten.

(Diskussionsprotokoll Seite 3)

3 Aktuelle Viertelstunde

Auf Antrag der CDU-Fraktion behandelt der Ausschuss das Thema: "Sexueller Missbrauch einer Frau in Kleve durch einen Patienten der Rheinischen Kliniken Bedburg-Hau ('Rheinische Post' vom 11.02.2000) sowie Entweichung/Ausbruch zweier Patienten am 7. Februar 2000 aus der allgemeinen psychiatrischen Suchtaufnahmestation in Düren."

(Diskussionsprotokoll Seite 5)

4 Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht zur Budgethaftung der Ärzteschaft

Einem Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit schließen sich Fragen aus dem Ausschuss an.

(Diskussionsprotokoll Seite 10)

5 Entscheidung des Wissenschaftlichen Beirats zur Gesprächspsychotherapie

Zu dem vor dieser Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilten Redemanuskript nimmt der Sprecher der GRÜNEN-Fraktion Stellung.

(Diskussionsprotokoll Seite 14)

6 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Krankenhauswesens (KHZV)

Vorlage 12/3136

Der Ausschuss nimmt den Verordnungsentwurf zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

7 Früherkennungsmammographie, Brustkrebsbehandlung und -vorsorge

In der nach einem Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit stattfindenden Diskussion spielt insbesondere das Mammographie-screening eine Rolle.

(Diskussionsprotokoll Seite 20)

8 Aktuelle Entwicklungen in der Drogenhilfe

Einem Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit schließt sich eine Aussprache an.

(Diskussionsprotokoll Seite 28)

9 Gefährdet der Punktwert-Verfall die psychotherapeutische Versorgung in NRW?

Der Ausschuss hört einen Bericht des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, diskutiert das Thema kurz an und kommt überein, den Punkt erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

(Diskussionsprotokoll Seite 35)

* * *

Abteilungsleiterin Huesmann (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport) berichtet, derzeit werde eine Preis- und Wertermittlung durchgeführt. Anschließend werde gemeinsam mit dem Finanzministerium überlegt, ob man nur einen Kaufinteressenten berücksichtigen könne oder ob eine öffentliche Ausschreibung erfolgen müsse.

Rudolf Henke (CDU) hätte gern etwas über die zeitlichen Abläufe erfahren. Bekanntlich sei die Situation in Kureinrichtungen generell problematisch; das gelte auch für Aachen.

Ministerin Ilse Brusis kann über die weitere zeitliche Abfolge noch keine Auskunft geben. Der Zeitpunkt, zu dem keine 80%ige Auslastung mehr gewährleistet sei, sei in etwa auch der Zeitpunkt, bis zu dem man gehandelt haben müsse. Sie halte es für sinnvoll, möglichst frühzeitig tätig zu werden, um ein geordnetes Verfahren garantieren zu können. Sie hoffe, dass bis zum Sommer die Preis- und Wertermittlung abgeschlossen sei.

2 **Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung (2. Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4320

Vorsitzender Bodo Champignon stellt einleitend fest, der Gesetzentwurf sei an den Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform federführend überwiesen. Der Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform und der Ausschuss für Kommunalpolitik hätten in der Zeit vom 12. bis 14. Januar eine dreitägige öffentliche Anhörung durchgeführt. An dieser öffentlichen Anhörung habe sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge beteiligt. Das Ausschussprotokoll über den entsprechenden Teil der Anhörung trage die Nummer 12/1468. Mit der Vorlage 12/3176 habe die Vorsitzende des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform allen Abgeordneten eine Kurzdarstellung der schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen zukommen lassen.

Der federführende Ausschuss habe seine Absicht mitgeteilt, dass er am 15. März eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs abgeben werde. Da die nächste reguläre Sitzung des AGS erst am 15. März stattfinde, müsse man in der heutigen Sitzung die Gelegenheit nutzen, ein Votum an den federführenden Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform abzugeben. Andernfalls sei eine inhaltliche Beteiligung nur über die Fraktionen möglich. Die Änderungswünsche könnten dann in den Abstimmungen des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform über Änderungsvorschläge der Fraktionen am 15. März Berücksichtigung finden.

Horst Vöge (SPD) signalisiert Zustimmung zu dem Vorschlag des Vorsitzenden. Die SPD-Gruppe im AGS werde ihre Änderungswünsche über die Fraktion in den Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform einbringen. Deshalb könne der AGS darauf verzichten, ein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Daniel Kreutz (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an, möchte die Gelegenheit aber zu einer Anmerkung nutzen:

So sehr er es begrüßt habe, dass die fachgesetzlichen Teile, die durch den vorliegenden Gesetzentwurf berührt seien, unter Vorsitz des AGS-Vorsitzenden und pflichtiger Beteiligung des AGS in der Anhörung behandelt worden seien, so sehr bedauere er, dass das gleiche Verfahren nicht auch für die Angelegenheiten der Versorgungsverwaltung und des Landesversicherungsamtes zustande gekommen sei, für die er die sachliche Zuständigkeit dieses Ausschusses ebenfalls reklamiere.

Georg Gregull (CDU) stimmt namens seiner Fraktion dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden zu.

Anmerken wolle er noch, dass sich in der Anhörung der Eindruck aufgedrängt habe, dass sich die Betroffenen unter einen gewaltigen Zeitdruck genommen fühlten. Das halte er im Zusammenhang mit einem so umfassenden Gesetzentwurf nicht für angemessen.

Bezüglich der Landesversorgungsverwaltung sei von den Fachleuten darauf hingewiesen worden, dass bundesgesetzliche Regelungen tangiert seien, sodass eine Entscheidung, wie sie vorgesehen sei, nicht getroffen werden könne, ohne dass zuvor entsprechende Klärungen auf Bundesebene stattgefunden hätten.

Hinsichtlich der Hilfe zur Pflege stelle er fest, dass die entsprechende Regelung getroffen werden solle, ohne dass die finanziellen Auswirkungen geklärt seien.

Die vorgetragenen Gründe veranlassten die CDU-Fraktion, das Gesetzesvorhaben im federführenden Ausschuss abzulehnen.

Ergebnis siehe Beschlusstil, Seite I.